

SPD demokratischer pressediens

P. XXV. 215

12. November 1970

Ein Jahr Opposition der CDU/CSU

Die Union hat ihre politischen Chancen
nicht wahrgenommen

Von Hans Jürgen Wischnewski MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokrati-
schen Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 103 Zeilen

Agrardebatte der Ernüchterung

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) SPD-MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Ernährung/Landwirtschaft/Forsten

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Die CDU betrügt sich selber

Abgrenzung nach rechts außen nicht mehr
aufzuschieben

Seite 5 / 43 Zeilen

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kurz notiert

Kurz informiert

Demaskierend uninteressiert

Zur Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
bei der Verabschiedung des Bundeskinderge-
ld-Änderungsgesetzes

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exter
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8153
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 885 648/886 8477
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein Jahr Opposition der CDU/CSU

Die Union hat ihre politischen Chancen nicht wahrgenommen

Von Hans Jürgen Wischniewski MdB

Bundesgeschäftsführer der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Urteil sei vorweggenommen: Nach Ablauf des ersten Jahres dieser Legislaturperiode hat sich gezeigt, daß die CDU/CSU ihre politische Chance als Oppositionspartei nicht wahrgenommen hat. Das soll in einigen wichtigen Bereichen nachgewiesen werden.

Die Opposition bemüht sich darum, die politische Führung zurückzuerobern. Doch sie ist in über einem Jahr der Entscheidung, wer sie in dieser Auseinandersetzung führen soll, keinen Schritt nähergekommen, weil es ihren Spitzenpolitikern weniger um die Sache als um die eigene Machtstellung geht. Jeder - ob Barzel, ob Kiesinger, ob Strauß - stellt sein politisches Handeln darauf ab, welche persönlichen Chancen ihm ein eventueller Erfolg bringen würde. In Bayern aber macht der CSU-Vorsitzende Strauß gleichzeitig unüberhörbar klar, wer nach einem CDU/CSU-Erfolg die politischen Richtlinien geben würde. Dieses Gezerre hat dazu geführt, daß die Union zur Zeit weder einen Kanzlerkandidaten noch einen Kandidaten für den CDU-Vorsitz anbieten kann.

Nicht zuletzt das personelle Dilemma dieser Partei trug dazu bei, daß die Bemühungen und Versprechungen der CDU/CSU, die Bundesregierung zu stürzen, hektisch und unrealistisch ausfielen. Während Barzel und Kiesinger zweimal - vor den Dreiländerwahlen vom 24. Juni und vor den hessischen Landtagswahlen - den Generalangriff der CDU/CSU ausriefen und Mißtrauensvotum oder Neuwahlen ankündigten, verhielten sich jene CDU-Politiker, deren Stunde anhebt noch nicht gekommen ist, vorsichtig und abwartend. Den verwirrenden Eindruck, den diese übereilte Regierungssturz-Kampagne in der Öffentlichkeit erweckte, vermochten sie trotzdem nicht zu revidieren. Nach den hessischen Wahlen ist - der hastige Kurswechsel in den christdemokratischen Statements der Wahlnacht machte es offenkundig - der gesamten CDU/CSU-Führung klar geworden, daß sie ihrer Oppositionsrolle bis mindestens 1973 gerecht zu werden hat.

Die Gelegenheit, die veränderte politische Situation zu programmatischer Neubestimmung zu nutzen, scheint von der CDU/CSU ebenfalls verpaßt worden zu sein. Nachdem der in der Handschrift Helmut Kohls gefertigte maßvoll reformfreundige Programmentwurf in das Rederwerk des CDU-Wirtschaftsrats geriet und die deutschland- und außenpolitischen Vorstellungen ebenso heftigen Widerstand fanden, ist dieser Versuch vorerst verbat worden.

Was programmatisch noch nicht geklärt wurde, bleibt im politischen Handeln ebenso undurchsichtig. So hat die CDU/CSU in der Konjunkturpolitischen Diskussion bislang kein Konzept vorlegen können, sich aber trotzdem in eine Dramatisierungskampagne hineingesteigert, die ihr einen politisch notwendigen Kurswechsel erheblich erschweren dürfte. Mit äußerster Härte hat sie den von der Bundesregierung vorgelegten Haushalt für 1971 als zu hoch bekämpft, sich aber nicht geschämt, in Gesetzentwürfen und Anträgen Mehrbelastungen zu fordern, die den Finanzplan allein des Bundes für 1970 um 418 Millionen DM, für 1971 um 2,5 Milliarden DM übersteigen. Dabei sind die Forderungen des Diskussionskreises Mittelstand der Union noch nicht einmal mitgerechnet: Sie würden den Bund allein jährlich 1,7 Milliarden DM mehr kosten, als die Finanzplanung ge-

stattet. Es scheint so, als ob bei der CDU/CSU die eine Hand nicht weiß, was die andere tut.

Noch riskanter allerdings sind die außenpolitischen Aktionen der CDU/CSU in diesem ersten Jahr Opposition. Die Anstrengungen der Union, die Bemühungen der Bundesregierung um einen Ausgleich mit dem Osten suspekt zu machen und Mißtrauen zu säen, richten sich gegen eine konsequente und international abgestimmte Politik, die nicht nur von unseren Bündnispartnern, sondern von fast allen Nationen der Welt begrüßt und gefördert wird. Wer zu diesem Zeitpunkt noch versucht, Illusionen von gestern zum Vehikel der Politik zu machen, gerät unweigerlich in die Isolierung. Die CDU/CSU ist in diesem Bereich dabei, das Ansehen, das sie einmal bei unseren Partnern hatte, zu verspielen.

Die Weigerung der CDU/CSU, einen Beobachter nach Moskau und Warschau zu entsenden, entsprach nicht ihrem Rang als parlamentarische Opposition. Das so gezeigte Desinteresse an einer der wichtigsten Entwicklungen deutscher Nachkriegsgeschichte nahm der Opposition darüber hinaus die Möglichkeit, sich glaubwürdig zu beklagen, sie würde von der Bundesregierung nicht ausreichend informiert. Der Erfolg dieser Politik: Das Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen demonstriert überzeugend, daß die außenpolitische Kampagne der Opposition auch in der Bevölkerung unseres Landes nicht die erhoffte Resonanz gefunden hat.

Der politische Stil schließlich, den sich die CDU/CSU in diesem ersten Jahr der Legislaturperiode verschrieben hat, brachte ihr keineswegs Anerkennung ein. Sie hat es immer wieder verstanden, Sachfragen - ob nun in der Konjunkturpolitik oder in der Außenpolitik - durch bewußte Emotionalisierung bis zur Unkenntlichkeit einzunebeln, und damit wenig zur nüchternen Klärung der politischen Probleme beigetragen, die in dieser Legislaturperiode bewältigt werden müssen. Die Opposition ist sich des meist nur rhetorischen Charakters ihrer Argumentation durchaus bewußt. Das besagt die Bilanz der Abstimmungen im Deutschen Bundestag: Von den 96 Gesetzen, die bis jetzt das Plenum des Bundestages passiert haben, wurden lediglich zwei von der Opposition abgelehnt, bei zwei weiteren - unter ihnen das von ihr hart attackierte Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung - enthielt sie sich der Stimme. In allen anderen Fällen schloß die CDU/CSU sich den Koalitionsfraktionen an. Das macht deutlich, wieviele der von der CDU/CSU provozierten Konfrontationen nur zum Fenster hinaus gezielt waren.

In einer kürzlich veröffentlichten Selbstdarstellung der Union stellt Dr. Barzel sehr hohe Ansprüche: "Eine Opposition in der parlamentarischen Demokratie muß immer als Alternative präsent sein. Sie muß sich auf die sachlichen Ziele der Regierungsführung konzentrieren. Sie muß dem Führungsangebot der Regierung ein eigenes Führungsangebot gegenüberstellen. Eine Opposition muß im Bewußtsein der Bevölkerung immer in der Lage sein, morgen die Regierung übernehmen zu können. Das bedeutet, daß die Opposition auf haltlose Polemik verzichten muß und daß ihre Kritik sachbezogen sein muß". In einem Fernseh-Rückblick gab der gleiche Rainer Barzel zu: "Wir haben immer noch was zu lernen und wir haben auch noch was zu verbessern". Man sollte den Konsequenzen dieses Zugeständnisses hoffnungsvoll entgegensehen.

Agrardebatte der Ernüchterung

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) SPD-MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten

War das kein fröhliches Treiben an diesem 11.11.1970 in der Agrardebatte des Deutschen Bundestages. Das war vor allem die offene, harte Auseinandersetzung der Regierungskoalition mit den Kampagnen der Opposition draußen im Lande, die "viel Dichtung und wenig Wahrheit" enthalten.

Natürlich sind diese Kampagnen der Opposition im Zusammenhang mit den beiden Landtagswahlen dieses Herbstes zu sehen. Aber was sich da in den letzten Wochen zusammengebraut hatte, war schier unerträglich. Leserbrief-Aktionen unter der Überschrift "SPD und FDP sind unsozial", Hetzpropaganda gegen das mittelfristige Förderungsprogramm unter dem Slogan "Ausrottungsprogramm", falsche Meldungen und Darstellungen über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Preise und Einkommen, eine gesteuerte Brief- und Weizensäckchen-Aktion an Bundeskanzler Brandt und zuletzt sogar das Transparent in Hamburg "Bauern lernt von El Fatah".

Und daran mußte sich diese Hetz-opposition in der Agrardebatte des Bundestages festhalten lassen. Nicht, daß die Regierungskoalition zu empfindlich wäre. Gerade in der Agrarpolitik ist in diesem einen Jahr der sozial-liberalen Koalition mehr erreicht worden als in vielen Jahren zuvor. Aber es wird vor allem zu viel Schaden angerichtet draußen im Lande, in dem schwierigen Umstrukturierungsprozeß mit allen seinen sozialen und marktpolitischen Aspekten. Illusionen werden wieder geweckt, und mit Versprechungen ist diese Opposition noch nie zimperlich gewesen, obwohl sie doch 20 Jahre lang die Agrarpolitik in der Regierungsverantwortung betrieben hat.

Es wurde Fraktur geredet, die Regierungskoalition konnte

mit einem gewaltigen Leistungskatalog aufwarten, auch wenn noch viele große Aufgaben vor uns liegen. Bundesarbeitsminister Walter Arendt stellte ganz sachlich die großen Entscheidungen gerade im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialpolitik dar. Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller sorgte für Ernüchterung in der Analyse der Preis- und Einkommensentwicklung. Und wir alle, die wir in die Debatte einstiegen, haben die harte politische Auseinandersetzung mit der Opposition gesucht, die in diesen acht Stunden Agrardebatte dann auch völlig "ausgezogen" wurde.

Das wird die Wirkung draußen im Lande nicht verfehlen, Ernüchterung wird Platz greifen. Schon vorher, am 29.10., hatte ja ein langes Gespräch zwischen dem Präsidium des Deutschen Bauernverbandes und der SPD mit Willy Brandt und Herbert Wenner an der Spitze zu einer Versachlichung beigetragen. Und auch die Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes am 10.11.70 in Bad Godesberg brachte doch eine weit ruhigere Atmosphäre als erwartet, weil insbesondere Präsident Heereman die Forderungen der Landwirtschaft sehr sachbezogen darstellte.

Nun - die Opposition wird wohl weiter versuchen, Mißstimmung gegen die sozial-liberale Koalition im Lande zu erzeugen. Einige Landesverbände der Berufsvertretung und viele Unterorganisationen deren Führungen parteipolitisch, d.h. CDU/CSU-abhängig sind, werden versuchen, auch weiter das Vertrauen ihrer Berufskollegen zu mißbrauchen. Präsident Heereman hat in Bad Godesberg aber davor gewarnt, die Sorgen der Landwirtschaft auf solchen Veranstaltungen parteipolitisch zu mißbrauchen.

Das wird nach dieser Agrardebatte der Ernüchterung nun doch schwerer werden.

+ + +

Die CDU betrügt sich selber

Abgrenzung nach rechtsaußen nicht mehr aufzuschieben

Die CDU verteidigt sich gegen Vorwürfe, die niemand gegen sie erhoben hat. Niemand hat gesagt, daß die CDU eine rechtsradikale Gruppierung wäre. Wozu also die schwitzende Aufregung der Bonner CDU-Zentrale? Wozu also die kleinkarierten Beteuerungen, daß man doch wirklich nicht so sei?!

Festgestellt worden ist, und das keineswegs nur von Sozialdemokraten, sondern in zunehmendem Maße auch im westlichen und neutralen Ausland, daß der von einigen verantwortlichen Parteiführern des Unionslagers hochgerissene Trend zu einer "rechten Sammelbewegung" eben genau die Kräfte angezogen und aufgesogen hat, die aus dem zerbröckelnden rechtsradikalen Lager der NPD und ähnlicher Organisationen in hellen Haufen in die Union hineinströmen. Das Ergebnis der hessischen Landtagswahl ist ein geradezu frappierender Beweis für diese Feststellung, die im In- und im Ausland mit wachsender Sorge gemacht wird. Wahlkreis für Wahlkreis läßt sich in Hessen die Bestätigung dafür finden, wohin die bisherigen Wähler des Thadden-Lagers abgewandert sind. Da hilft kein Ableugnen und kein Beschwören. Und die Mitte- und Mittellinks-Gruppen in der Union sind sich mit den Besorgten im In- und Ausland einig darüber, daß ein weiteres Mehr in dieser von-der-Mitte-nach-rechts-Bewegung nicht nur für die deutsche Demokratie, sondern schließlich auch für die Union selber gefährlich werden kann.

Hier setzte die Unruhe ein, und genau das ist auch der Punkt, an dem die Bonner CDU-Zentrale sich endlich selbst und allen anderen in diesem Staate eindeutig klarzumachen hätte, daß sie jetzt eine Vollbremsung vollziehen muß. Das Geschrei über einen angeblich von der SPD zusammengebastelten Popanz von einer rechtsaußen-CDU ist Unsinn und blanker Selbstbetrug und der schlechte Versuch, sich nicht mit den Realitäten konfrontieren zu müssen.

Spätestens nach dem 22. November wird auch der letzte Bundesbürger, wenn er nur will, erkennen, daß die Unions-Partei-maxime von einer "rechten Sammelbewegung" alles andere als eine brauchbare Antwort auf die aktuellen Probleme ist, die sich uns in diesem Teile Deutschlands und Europas so stellen, daß wir ihnen nicht mehr ausweichen können. Um uns herum warten alle Völker und alle Staaten auf diese brauchbare deutsche Antwort, die nur demokratisch sein darf und kann.

Die SPD kümmert sich um ihre Abgrenzung nach linksaußen schon selber. Die Münchner Parteiratssitzung vom Wochenende wird noch einmal klare Fronten schaffen, sofern das überhaupt noch notwendig war. Aber die SPD tut eben was.